

Überlegungen zur Debatte zum Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen

Arrangements mit Leerstellen

Im Mai, nach Erscheinen der Botschaft des Bundesrates zum IWF-Beitritt der Schweiz, luden die Aktion Finanzplatz und die Erklärung von Bern zu einer Sitzung ein, wo über ein mögliches Referendum diskutiert werden sollte. Es kamen überraschend viele VertreterInnen von entwicklungspolitischen-, solidaritäts-, friedens-, frauenpolitischen, kirchlichen Organisationen und von kleinen Hilfswerken. Hauptmotiv dieses Interesses ist vor allem die katastrophale soziale und ökologische Situation in den verschuldeten Ländern der Dritten Welt (über die Ostländer wurde wenig geredet) und die Dringlichkeit einer Veränderung der bisherigen Politik von IWF und Weltbank (Strukturanpassungsmassnahmen).

Mascha Madörin

So gut ich das breite Interesse an einem Referendum auch finde, die politische Debatte um das Referendum befriedigt mich, je mehr ich mich mit der «etablierten» Debatte befasse, nicht.

Grossmutter IWF und der rationale Markt

Anfang Juli fand an der Universität Bern ein zweitägiges Seminar zu IWF und Weltbank, organisiert vom Volkswirtschaftlichen Institut und dem Eidgenössischen Personalwesen, statt, wo die verschiedenen Meinungen der «etablierten» Debatte präsentiert wurden. Neoliberale Ökonomen wurden von der Seminarleitung als die neuen, originellen Kritiker von IWF und Weltbank dargestellt. Am pointiertesten formulierte es Professor Willms: Der IWF werde oft mit einer Grossmutter verglichen, doch sterbe der IWF im Unterschied zu Grossmutter lei-

der nicht. Der IWF als Regelungsbehörde für das internationale Währungssystem sei seit Abschaffung des Goldstandards überflüssig – oder nicht brauchbar. Und weil Bürokraten die Jobs nicht verlieren wollen, haben sie sich auf ein neues Problem gestürzt: die Verschuldung der Dritten Welt. «Der Markt ist wahr», sagte Prof. Willms wiederholt, und meinte damit, dass die IWF-Regelungen der Verschuldung überflüssig seien.

Ähnlich argumentierte der Ökonomie *Straubhaar*: aufgrund wirtschaftswissenschaftlicher Kriterien spreche nichts für die Existenz der Weltbank, aber es könnte ja andere, ausserökonomische verteidigungswerte Güter geben. Während des ganzen Seminars wurde keine einzige Analyse der weltwirtschaftlichen Auswirkungen von Weltbank- und IWF-Politik gemacht, auch nicht von den wirtschaftstheoretischen Modellen, die ihr zugrunde liegen, oder von anderen möglichen Regelungen der Schuldenproblematik. Es wurde auch kein Wort darüber gesagt, dass die wirtschaftlichen Prognosen und Zielsetzungen von IWF und Weltbank sich als ein Debakel erwiesen. Die Frage war nur, verfälscht die IWF- und Weltbankkreditpolitik die Marktmechanismen?

Kritik aus entwicklungspolitischer und ökologischer Sicht wurde zwar auch präsentiert, aber vorwiegend als Kritik der sozialen und ökologischen Auswirkungen und nicht als Kritik am makroökonomischen Wirtschaftsmodell und daran, dass weltwirtschaftliche Strukturen durchgesetzt werden, die niemals im Interesse der Länder des Trikonts und des Ostens sein können. Die Frage der Weltwirtschaftsordnung und ihrer Mechanismen des Reichtumstransfers vom Süden in den Norden wurde ebenso ausgeblendet wie diejenige von Machtpolitik von IWF und Weltbank im Zusammenhang mit Umschuldungsverhandlungen. Um

so mehr wurden die politischen Bedingungen (Demokratie, Menschenrechte, Rüstungsabbau), die den nationalen Regierungen bei Umschuldungsverhandlungen und neuen Kreditvergaben gestellt werden sollen, gelobt.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass die ärmsten Länder mit 56% der Bevölkerung über 5,6% des Welteinkommens verfügen (die reichsten Länder mit 15,4% der Bevölkerung über 78%). Die Umverteilung vom Süden in den Norden hat in den 80er Jahre zugenommen. Es sei auch erwähnt, dass die tief verschuldeten afrikanischen Länder südlich der Sahara (ohne Südafrika) mit etwa 460 Millionen Einwohner über 1/5 des Rüstungsbudgets der BRD verfügen und nur über 60% mehr als Südafrika (1985). Abrüstung für die nie wirklich Aufgerüsteten, Demokratie für die Hungermenden, politische Stabilität und soziale Gerechtigkeit bei halbierten Gesundheits-, Erziehungsbudgets und Realeinkommen, Ökologie in Landwirtschaft und Bergbau bei sinkenden Preisen? – Den exotischen Phantasien sind keine Grenzen gesetzt.

Die mangelnde Staatsraison der Kurtisane Schweiz

In bezug auf den Beitritt der Schweiz zum IWF brachte es ein Redner wiederum sexistisch auf den Punkt: die Konkubine Schweiz soll ihr intimes Verhältnis zu IWF und Weltbank legalisieren (vor rund 10 Jahren nannte *Leutwiler* die Schweiz noch einen attraktiven Outsider!). Bei einem Podiumsgespräch am Schluss waren sich die anwesenden Vertreter der Wirtschaft, des Bundes und der Universität (alles Männer) einig, dass sich die Schweiz das Abseitsstehen von internationalen Organisationen nicht mehr leisten kann. Alle haben zwar Vorbehalte gegenüber einem Beitritt und ge-

genüber IWF und Weltbank. Die Wirtschaftsvertreter ärgerten sich vor allem über den Artikel 6 des Gesetzesvorschlages, der besagt, dass bei «Entscheiden, welche die Entwicklungsländer betreffen, für die schweizerische Position die Grundsätze und Ziele der schweizerischen Entwicklungspolitik zu berücksichtigen» seien. Schliesslich gehe es beim IWF um Geld- und Währungspolitik und nicht um Entwicklungsfragen. Aber es ist klar, dass sie das Beitrittsgesetz inklusive Art. 6 der Möglichkeit eines breit abgestützten Referendums vorziehen. Alle drückten – wohl im Hinblick auf die kommenden EG-Abstimmungen und im Rückblick auf die Abstimmung über die Finanzvorlage – ihre Besorgnis über die isolationistische Unvernunft der SchweizerInnen aus. Die Positionen reduzierten sich auf die Frage Mitgliedschaft der Schweiz in internationalen Organisationen und drehte sich nicht um Inhalte schweizerischer Aussenpolitik.

Es ist also zu erwarten, dass der Nationalrat so wie der Ständerat die Gesetzesvorlage des Bundesrates annehmen wird. Der Art. 6, für den sich Hilfswerke, SP und die Erklärung von Bern stark gemacht haben, wird voraussichtlich also im Gesetz enthalten sein, in abgeschwächter Form allerdings: Die entwicklungspolitischen Grundsätze müssen nur berücksichtigt werden (frz.: s'inspirer). Die Debatte im Ständerat und bisher in der Öffentlichkeit zeigen zudem, dass auch die Botschaft des Bundesrates zum Beitrittsgesetz, die eine Art Regierungsabsichtserklärung beinhaltet, nicht umstritten (resp. diskutiert) wird: an der bilateralen Entwicklungshilfe soll nicht gespart, sondern sie soll erhöht und eine ausserparlamentarische Kommission zu IWF- und Weltbankpolitik soll geschaffen werden, wenn es um entwicklungspolitische (nicht Weltwirtschafts-)Fragen geht. Diese Absichtser-

klärung ist allerdings nicht verbindlich, und entsprechende Beschlüsse können später im Nationalrat verhindert werden.

Leerstellen

Die Hauptforderungen der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke (Helvetas, Swissaid, Brot für alle, Fastenopfer) sind also irgendwie, wenn auch sehr unbefriedigend, berücksichtigt. Dies kann aber nicht gesagt werden in bezug auf Bedingungen, die die SPS und die Erklärungen an ein Nicht-Referendum zu einem IWF-Beitritt auch noch geknüpft haben. Genau besehen sind wesentliche Themen, die die SPS und z.T. die Erklärung von Bern in ihren Forderungskatalogen im Frühling 1990 noch aufgeworfen hatten, in der Botschaft nicht (und in der öffentlichen Debatte bisher auch nicht) mehr vorgekommen:

– Bei den Forderungen **Schuldénkonferenz unter UNO-Hoheit, globale Schuldenstreichungen, internationales Konkursrecht und Strukturanpassung des Nordens** geht es um neue Weltwirtschaftsregelungen;

– Die Forderung, die **undemokratischen, hierarchischen und geheimen Entscheidungsstrukturen** von IWF und Weltbank, die völlig von den USA, Japan und den grossen EG-Ländern dominiert sind, zu verändern, zielt auf die Hegemonialpolitik der USA, Japans und der grossen EG-Länder.

Auch hier hat also eine Verdrängung des dornigen Themas «Krieg mit andern Mitteln», die **Macht- und Weltwirtschaftspolitik** von IWF und Weltbank, stattgefunden.

Wird es uns mit einem Referendum gelingen, diese Themen in einer öffentlichen Debatte einzubringen? Und welches sind denn unsere zentralen Forderungen in

IWF-Dokumentationen

Im Hinblick auf das Referendum gegen den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank hat die BRESCHÉ eine Artikelsammlung mit einer Diskussionsrunde (Angeline Fankhauser, Fredi Gugler, Peter Bosshard und Jo Lang; 90-11), Hintergründen (Peter Bosshard, Mascha Madörin, René Holenstein, Gustav Thaler, Winfried Wolf, Janne Klein) und Interviews (Davidson L. Budhoo) zusammengestellt. Die Artikelsammlung umfasst 40 Seiten und kann gegen Fr. 4.– (plus Porto) bestellt werden bei: BRESCHÉ-Magazin, Postfach 299, 8031 Zürich, Tel. 01/272'90'10.

IWF, Weltbank und Schweiz sind auch Themen im neuesten «Mosquito» (Nr. 6/August 91). Unter dem Titel «Das Konkubinat legalisieren» liefert Murezi Michael einen Diskussionsbeitrag als Auftakt zu einer Artikelserie im Mosquito. Das Heft (32 Seiten, 5 Franken) kann bestellt werden bei: Mosquito, Postfach 5218, 3001 Bern.

bezug auf eine Weltwirtschaftspolitik der Schweiz? Welche Vorstellungen haben wir in bezug auf die Rolle der Schweiz in internationalen Institutionen, die entscheidend sind für die Weltwirtschaftsregelungen? Und auf welche Weise können wir in bezug auf diese Fragestellungen politisch wirksam werden?

Auch bei uns sind diese Fragen noch wenig diskutiert, die Debatte war bisher immer noch stark auf die Frage pro und contra Beitritt und Referendum konzentriert.